



Jahrbuch  
Menschenrechte  
2001

*Herausgegeben von*

Gabriele von Arnim, Volkmar Deile, Franz-Josef Hutter,  
Sabine Kurtenbach und Carsten Tessmer

*in Verbindung mit*

deutsche Sektion von  
amnesty international  
Ludwig-Boltzmann-Institut  
für Menschenrechte (Wien)  
Institut für Entwicklung und Frieden  
(Duisburg)

Suhrkamp

**Jahrbuch Menschenrechte 2001, S. 183-191.**

*Monika Schlicher und Alex Flor*

### Ost-Timor – Der bittere Sieg\*

Vor Jahren verkündete der ost-timoresische Friedensnobelpreisträger Jose Ramos-Horta, sein Land werde im Jahr 2000 frei sein. Mitleidig belächelten ihn damals seine Zuhörer. Doch seine »Vision einer selbstbestimmten Zukunft« hat sich erfüllt, die Ost-Timoresen haben ihr lang ersehntes Ziel erreicht: die indonesische Besetzung Ost-Timors ist zu Ende. Am 31. Oktober 1999 haben die letzten indonesischen Truppen das Land verlassen. Ihre Hinterlassenschaft jedoch ist ein schweres Erbe. Hinter den Menschen in Ost-Timor liegen 24 Jahre brutaler Unterdrückung. Ein Klima der Angst und des Terrors: Folter und Vergewaltigungen haben tiefe Narben in die Seelen der Menschen gebrannt; die Gesellschaft ist durch die konsequente Teile-und-Herrsche-Politik der indonesischen Besatzer innerlich zerrissen. Das Land ist gänzlich zerstört und die Bevölkerung steht schier vor dem

Nichts. Vor den Menschen Ost-Timors liegt ein sehr schwieriger Weg in die Unabhängigkeit. Damit dieser Weg in eine menschenwürdige und gerechte Zukunft führt, ist eine Aufarbeitung der Vergangenheit unerlässlich, die nicht nur den Gedanken der Versöhnung beinhaltet, sondern auch die strafrechtliche Verfolgung der Täter und Verantwortlichen für die zahlreichen Massaker und Zerstörungen. Im Einklang mit den Forderungen der politischen Führer Ost-Timors empfiehlt die UN-Untersuchungskommission für Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor die Einsetzung eines internationalen Strafgerichts. Die eklatanten Verletzungen internationaler Rechts- und Menschenrechtsstandards müssen von der internationalen Staatengemeinschaft geahndet werden um ihrer Durchsetzung willen.

Mehr als 200 000 Opfer sind zu beklagen, seit Indonesiens Truppen 1975 mit stillschweigendem Einverständnis der westlichen Welt in die ehemalige portugiesische Kolonie einmarschiert sind und sie wenig später zur 27. Provinz Indonesiens erklärten. [Seitenwechsel] Die Vereinten Nationen (UN) hatten die Annexion nie anerkannt, doch im Laufe der Zeit stellte sich bei vielen Mitgliedsländern eine schleichende Tolerierung ein. Zu bedeutsam waren die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen an dem riesigen Land Indonesien mit seinen 200 Millionen Einwohnern und seinen unerschlossenen Naturressourcen. Zwar wurde offiziell durchaus immer wieder moderate Kritik am

---

\* Für wertvolle Kommentare und Anregungen danken die Autoren Stefan Wortberg.

brutalen Vorgehen der indonesischen Streitkräfte und den Menschenrechtsverletzungen geübt, doch blieb diese, angesichts kontinuierlicher wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung des Regimes, Rhetorik. Die Unterstützung für Ost-Timor endete meist da, wo sich moralischer Rückhalt in politisches Handeln hätte verwandeln müssen. Die Politik der Bundesregierung stellte dabei keine Ausnahme dar.

Der Zeitpunkt der Wende kam erst, als die Erschütterungen der Asienkrise das Trugbild wirtschaftlichen Wachstums und politischer Stabilität wie ein Kartenhaus zusammenfallen ließen. Der erzwungene Rücktritt von Präsident Suharto, der Indonesien 32 Jahre lang diktatorisch regiert hatte, machte den Weg frei für eine politische Lösung des Konfliktes um Ost-Timor. Unter dem Druck der anhaltenden Wirtschaftskrise und zunehmenden Abhängigkeit von Krediten aus dem Ausland sah sich Suhartos Nachfolger, Präsident Habibie, veranlaßt, politisches Wohlverhalten zu demonstrieren und von dem kompromißlosen Anspruch auf Ost-Timor abzurücken. Im Januar 1999 überraschte Habibie mit dem Angebot einer Abstimmung über weitreichende Autonomie oder Unabhängigkeit für Ost-Timor. Die indonesischen Militärs waren entsetzt, machten aber gute Miene zum bösen Spiel. Sie hatten eigene Pläne. Ohne selbst als Akteure in Erscheinung zu treten und sich die Finger schmutzig zu machen, fingen sie an, Milizenverbände als sogenannte pro-indonesische

Kräfte aufzustellen und auszurüsten. Damit lenkte man von der eigenen Täterschaft und Verantwortung ab und versuchte den Anschein eines Bürgerkrieges in Ost-Timor zu erwecken. Obwohl die Verflechtung von Milizen und Militär von Anfang deutlich war, schloß die internationale Staatengemeinschaft vor diesen Fakten die Augen. Dies hatte für die Ost-Timorenen fatale Folgen.

Portugal und die Vereinten Nationen stimmten am 5. Mai 1999 einem Vertragswerk zur Lösung des Ost-Timorkonfliktes zu, das ausgerechnet Indonesiens Truppen die Aufgabe übertrug, bis zum Referendum und der Umsetzung des Ergebnisses für Siche[rheit zu sorgen – den gleichen Streitkräften, die sich in den vergangenen 24 Jahren in Ost-Timor systematisch mit Verbrechen für ein internationales Tribunal qualifiziert hatten.

Dies war ein schwerer Fehler. Allein der Rückzug der indonesischen Streitkräfte aus Ost-Timor hätte den paramilitärischen Banden den Boden entziehen können. Wiederholt warnten die politischen und kirchlichen Vertreter Ost-Timors davor, die UN-Mission (UNAMET) ohne bewaffneten Schutz durchzuführen; jedoch ohne Konsequenzen. So konnten die von den Militärs bewaffneten Milizen in ihrem Treiben ungehindert fortfahren und wurden weder, wie im Vertragswerk vorgesehen, entwaffnet noch gar verhaftet. Der Terror der Milizen nahm immer brutalere Formen an.

Angesichts dieser Einschüchterungskampagnen sah sich der UN-Generalsekretär Kofi Annan zweimal gezwungen, die Volksbefragung zu verschieben. Die Mission drohte zu scheitern. Machtlos reisten die Verantwortlichen von UNAMET unermüdlich zwischen Dili und Jakarta hin und her und mahnten die vertraglichen Vereinbarungen an, jedoch ohne die notwendige Unterstützung aus den UN-Mitgliedsstaaten. Diese hätten ihre politischen Kanäle zur indonesischen Regierung oder wirtschaftliche Macht nutzen können und mit einer aktiven Politik auf einen friedlichen Konfliktlösungsprozeß in Ost-Timor drängen müssen. Ein sich kontinuierlich aufbauender Druck hätte die Bevölkerung und die UN-Mission vor gewaltsamen Übergriffen schützen können. Statt dessen wurden vielerorts schon wieder Interessen abgewogen und die Verantwortung zum Handeln auf die Vereinten Nationen abgewälzt, ohne ihnen das dazu notwendige Mandat zu geben.

Das Land versank in einer Welle von Terror und Gewalt. Jede weitere Verschiebung der Abstimmung hätte die Lage nur noch verschlechtert. Überraschenderweise blieb es am Tag der Abstimmung selbst, am 30. August 1999, unerwartet ruhig. Kollektiv machten sich die Menschen in Ost-Timor zum Teil schon tief in der Nacht auf zur Wahlstation. Dort bildeten sich in den Morgenstunden noch vor Öffnung der Lokale lange Schlangen, vielerorts hatten bis zur Mittagszeit alle ihre Stimme abgegeben. Wie ein Lauffeuer ver-

breitete sich die Nachricht, daß die Wahlbeteiligung bei nahezu 100 Prozent läge. Das Kalkül des indonesischen Militärs und seiner Milizen war nicht aufgegangen. Mit einer über-[Seitenwechsel] wältigenden Mehrheit von 78,5 Prozent hatten die Ost-Timorese in einem von den Vereinten Nationen durchgeführten Referendum für die Unabhängigkeit ihres Landes von Indonesien gestimmt. Allen Einschüchterungen und Drohungen zum Trotz waren nahezu 99 Prozent der registrierten Wähler zur Urne gegangen – im Vertrauen auf den versprochenen Schutz der Vereinten Nationen. Doch was dann kam, sollte alle bisherige Gewalt noch in den Schatten stellen. Schon im Vorfeld hatten die pro-indonesischen Milizen angekündigt, das Land in ein Flammenmeer zu verwandeln, sollte die Abstimmung nicht in ihren Sinne ausfallen. Vom indonesischen Militär waren längst Pläne für diesen »Notfall« ausgearbeitet worden, welche die Vertreibung und Vernichtung der Bevölkerung sowie die Zerstörung des Landes vorsahen. Die Logik dahinter ist denkbar einfach und grausam: Wer sich nicht für Indonesien entscheidet, ist erklärter Feind und muß vernichtet werden.

Die Gewalt gegen die Bevölkerung und das UN-Personal erreichte ein Ausmaß, das die Welt aufrüttelte. Panisch flohen die Menschen in die Berge oder suchten Schutz in kirchlichen Einrichtungen. Doch nicht alle entkamen den marodierenden Banden und den Militärs. Wie viele in diesen Ta-

gen ihr Leben verloren haben, ist noch unklar. Rund 200 000 Ost-Timoresen wurden nach West-Timor zwangsvertrieben, ca. 80 000 Menschen flohen freiwillig nach dort.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Gewalttaten in einer Dringlichkeitssitzung »aufs schärfste«, ergriff jedoch keine Maßnahmen gegenüber der indonesischen Regierung. Hilflos mußten die Vertreter der UN-Mission in Dili, verschanzt in ihrem Hauptquartier, dem Treiben tatenlos zuschauen. Das schwache Mandat wurde zur Falle. Der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen wurde in diesen Tagen schwerer Schaden zugefügt; Leidtragende waren die Ost-Timoresen, die auf den Schutz der UN vertraut hatten, wie ihnen zuvor immer wieder versichert wurde. Doch die Vereinten Nationen konnten nicht einmal die eigenen Mitarbeiter schützen. »Wir waren von Anfang an nicht in der Lage, uns zu verteidigen«, mußte der Pressesprecher von UNAMET, Wilmhurst, am 4. September 1999 einräumen. Augenzeugen, wie die von *Watch Indonesia!* zusammen mit den kirchlichen Hilfswerken entsandten Beobachter, mußten evakuiert werden. Nur ein kleines Häuflein von leitenden UN-Mitarbeitern in Dili verwei-[Seitenwechsel]gerte die Anweisung von Kofi Annan, die Mission in Ost-Timor ganz abzubrechen.

Aufgeschreckt von dem Morden drängte die internationale Staatengemeinschaft endlich energisch die indonesische Regierung, dem Einsatz einer multinationalen bewaffneten Friedenstruppe

zuzustimmen. Schließlich räumte die indonesische Regierung ein, die Lage alleine nicht mehr in den Griff zu bekommen. Spät, für viele Ost-Timoresen zu spät, landeten am 20. September die ersten Einheiten der internationalen Friedenstruppe.

Die Intervention beendete die Gewalt, aber erst zu einem Zeitpunkt, als das Kind längst in den Brunnen gefallen war. Internationale Friedenstruppen sind bestenfalls Notbremse als Reaktion auf außenpolitische Fehler und Versäumnisse, die weit im Vorfeld gemacht wurden. Präventive Diplomatie und langfristige politische Gestaltung sind in jedem Fall die effektiveren Mittel.

Hier ist es wichtig, noch einmal zu betonen: Das indonesische Militär hat in Ost-Timor nicht eben mal die Maske fallen gelassen, dieses Gesicht trägt die Armee seit Beginn der Neuen Ordnung unter Suharto. Was sich hier abspielte, lag ganz in der Logik dieser Armee begründet, die sich der Einheit des Staates verpflichtet sieht und nicht dem Schutze seiner Bürger. Ein kurzer Blick auf die politische Landkarte Indonesiens und die Erfahrung einer Jahrzehnte andauernden Dominanz des Militärs in allen Bereichen des öffentlichen Lebens hätten genügen müssen, um zu erkennen, daß eine friedliche Lösung des Konfliktes nicht zu erwarten war. Ließ man sich blenden von den zaghaften Anfängen einer Demokratisierung in Indonesien? Oder konnte man die politische Stärke und Macht des Militärs gar nicht erkennen, weil man davor schon seit 34 Jahren die Augen verschließt?

In jedem Fall trägt die internationale Gemeinschaft einen Teil der Schuld an den Gewaltexzessen. Das Militär wählte sich in der Sicherheit, daß die Welt nach einem kurzen Aufschrei wieder zur Tagesordnung übergehen wird.

Um so wichtiger ist es nun für die Vereinten Nationen, ein Zeichen ganz anderer Natur zu setzen. Die Gewaltexzesse in Ost-Timor vermochte die UN-Mission nicht zu verhindern; es besteht nun die Verpflichtung, daß Täter und Verantwortliche im indonesischen Militär vor Gericht gestellt werden. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, trat vom 23.-27. September 1999 die UN-Menschenrechtskommission (MRK) in Genf zu einer Son-[Seitenwechsel]dersitzung zusammen, der vierten überhaupt erst in ihrer gesamten Geschichte. Es galt, auf die Eskalation der Gewalt in Ost-Timor zu reagieren und darüber zu entscheiden, ob erste Schritte hin zu einem internationalen Tribunal gemacht werden sollten. Die MRK-Sitzung beauftragte den UN-Generalsekretär Kofi Annan, eine fünfköpfige Kommission einzusetzen, der u. a. auch die ehemalige Bundesjustizministerin und FDP-Abgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger angehörte. Die Kommission wurde mit der Aufgabe betraut, Informationen über mögliche Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor und Handlungen, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten, zu erheben und zusammenzutragen. Vom 18. November bis zum 14. Dezember reiste die Gruppe über das australische Darwin nach Ost-

Timor und hat dort ca. 160 Opfer gehört und deren Aussage aufgenommen. Sie traf sich mit politischen und gesellschaftlichen Repräsentanten Ost-Timors sowie mit Vertretern der internationalen Organisationen. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung hat sie zu Anfang des Jahres dem UN-Generalsekretär vorgelegt.

»In Ost-Timor sind vor und nach dem Referendum über die Zugehörigkeit oder Loslösung von Indonesien schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden, und die für die Greuelthaten Verantwortlichen müssen vor Gericht gestellt werden«, faßt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die Ergebnisse der UN-Kommission zusammen. Es gäbe keinen Zweifel daran, daß in der Zeit zwischen Januar 1999 und dem 30. August 1999 eine geplante und systematische Kampagne zur massiven Einschüchterung der einheimischen Bevölkerung Ost-Timors stattgefunden hat. Die Palette der Menschenrechtsverletzungen reicht von Freiheitsberaubung, Folter und Vergewaltigung über grausame Behandlung und Verstümmelung bis hin zu Tötungen und Massenmord. Außerdem zwangen pro-indonesische Kräfte durch gezielten Terror viele Ost-Timoren, nach dem Referendum ihr Land zu verlassen. Über 200 000 Menschen sind in den indonesischen Teil Timors deportiert worden. Währenddessen wurde in Ost-Timor die Infrastruktur (private und öffentliche Gebäude, Energie- und Wasserversorgung) systematisch und landesweit zu etwa 70 Prozent zerstört

(»Zeugen belegen schwere Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor vor und nach dem Referendum«; Pressemitteilung Sabine Leutheusser-Schnarrenbergers vom 21. Dezember 1999). [Seitenwechsel]

Verübt wurden die Greuelthaten von paramilitärischen Milizen im Zusammenwirken mit dem indonesischen Militär, mit dessen Kenntnis und dessen Duldung. »Ohne deren Unterstützung«, betonte Frau Leutheusser-Schnarrenberger vor der Presse in Berlin, »hätten Gewalt und Terror nicht dieses Ausmaß annehmen können.«

Die Untersuchungskommission empfiehlt daher in ihrem Abschlußbericht an den UN-Generalsekretär, einen internationalen Menschenrechtsgerichtshof (international human rights tribunal) einzurichten. Der Gerichtshof sollte seinen Sitz in der Region haben und vorzugsweise sollten auch Richter aus Ost-Timor und Indonesien ernannt werden. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Menschenrechtspolitik der Vereinten Nationen ist die Kommission der Auffassung, daß von einer Verfolgung, Ahndung sowie – sofern überhaupt möglich – von einer Wiedergutmachung der Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht abgesehen werden darf.

Doch es wird für Kofi Annan kein leichtes Unterfangen werden, hierfür die nötigen politischen Mehrheiten zu finden. Die westlichen UN-Mitglieder verstecken sich hinter der vermuteten Ablehnung eines Tribunals durch China und Rußland im

Sicherheitsrat. Es muß noch massiv politische Überzeugungsarbeit geleistet werden, und NGOs müssen intensive Öffentlichkeitsarbeit leisten, um den Druck auf die nationalen Regierungen zu erhöhen. Sonst gehen die westlichen Staaten wieder zur Tagesordnung in puncto Indonesienpolitik über in ihrem Bestreben, die neue Regierung in Indonesien unter Präsident Wahid zu unterstützen.

Um ein internationales Tribunal abzuwenden, hat die neue indonesische Regierung zugesichert, über die Täter und Verantwortlichen selbst zu urteilen. Indonesien befindet sich aber derzeit in einer schwierigen Übergangsphase; einem zwar durchaus beachtlichen Demokratisierungsprozeß steht ein Festhalten großer Teile des alten Apparates, insbesondere des Militärs, an vordemokratischen Strukturen entgegen. Bislang gibt es weder eine unabhängige Gerichtsbarkeit, die internationalen Standards genügt, noch die entsprechenden Gesetze.

Die Regierung hat zur Untersuchung der Rechtsverstöße die Nationale Menschenrechtskommission *Komnas Ham* aufgefordert, eine Sonderkommission (KPP-HAM) zu bilden. Auch diese Kommission hat inzwischen einen Bericht vorgelegt, der ähnlich [Seitenwechsel] wie der UN-Bericht zu dem Schluß kommt, die indonesische Armeeführung habe die systematische Einschüchterung und Zerstörung Ost-Timors zumindest toleriert, Milizen hätten Waffen, Training und finanzielle Unterstützung erhalten und Soldaten hätten

sich an den Morden und Plünderungen beteiligt. Die Kommission fordert die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichtes, und sie empfiehlt dem Generalstaatsanwalt, die weitere Ermittlung und gegebenenfalls die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen sechs Generäle, darunter der damalige Oberbefehlshaber General Wiranto. Doch all diese verdienstvollen Bemühungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es erhebliche rechtliche und politische Schwierigkeiten gibt, Gerichtsverfahren gegen indonesische Militärs so durchzuführen, daß sie internationalen Standards an unparteiische und unbeeinflusste Verfahren genügen.

Wie stark die innere Spannung in Indonesien ist, zeigte sich in dem Tauziehen um die Suspendierung General Wirantos von seinem Posten als Minister für Sicherheitsfragen durch Präsident Abdurrahman Wahid; eine Kraftprobe um die Zukunft des Landes, die lange auf des Messers Schneide stand.

Damit die Abkehr von alten autoritären Strukturen aus der Zeit der Diktatur und die Verwandlung in einen demokratischen Rechtsstaat gelingt, bedarf es der Installation wirkungsvoller Institutionen, über die sich eine neue Politik gegenüber den alten Gegnern durchsetzen kann. Um diesen schwierigen Wandlungsprozeß gegen die starken Widerstände und immer noch große Macht der alten Eliten in Indonesien vorwärtszubringen, ist die internationale Unterstützung der Menschenrechtsorganisationen und derjenigen Kräfte in der Regie-

rung, die die Verantwortlichen vor Gericht bringen wollen, unbedingt notwendig. Selbst Generalstaatsanwalt Marzuki Darusman bekräftigte gegenüber der UN-Kommission, daß er internationale Unterstützung bei den Bemühungen, die Verantwortlichen für die Verbrechen vor Gericht zu bringen, für sehr hilfreich hält. Hier sollte auch die Außenpolitik der Bundesregierung ansetzen.

Die Vertreter Ost-Timors, allen voran Bischof Belo und Xanana Gusmao, sowie Menschenrechtsorganisationen und Kirchen weltweit fordern, daß die Täter sich vor einem internationalen Tribunal verantworten müssen, sollte Indonesien die Verfolgung nicht selbst konsequent und internationalen Standards entsprechend durchführen. [Seitenwechsel]

Die Androhung eines internationalen Strafgerichts muß von der internationalen Staatengemeinschaft aufrecht erhalten werden. Verknüpft ist damit auch die Hoffnung, daß sich das Rechtssystem in Indonesien dahingehend entwickelt, Menschenrechtsverletzungen in Indonesien selbst zu ahnden. Indonesische Nichtregierungsorganisationen fordern, daß es keine Straflosigkeit der Verantwortlichen geben dürfe. Der Teufelskreis der Straflosigkeit, dessen sich das Militär bislang erfreute, müsse durchbrochen werden, um erstmals seit 34 Jahren die Möglichkeit zu eröffnen, Objektivität, Unparteilichkeit und Rechtsstaatlichkeit auch dem Militär gegenüber anzuwenden. In dieser Forderung sollten sie von der internationalen Staa-

tengemeinschaft demonstrativ unterstützt werden.  
Die immer wieder eingeforderte Demokratie und die Achtung der Menschenrechte kann es in Indonesien nur geben, wenn die politische Rolle und Vorherrschaft des Militärs beendet wird.